

Hakan Kara

Medienkrise in der Türkei

Während der jüngsten Finanzkrise in der Türkei wurden im Medienbereich mehr als 3000 Journalisten und Arbeiter entlassen. Dies war die größte Entlassungswelle in der türkischen Mediengeschichte. Die genaue Zahl der Entlassenen ist nicht bekannt. Weder die Journalisten-Vereine noch die Gewerkschaften verfügen über Zahlen. Im gesamten Mediensektor fehlt es an genauer Information.

In den neunziger Jahren wurden die Gewerkschaften der Journalisten aus den Redaktionen gedrängt, indem Journalisten, die Gewerkschaftsmitglieder waren, entlassen wurden. Danach verstärkte sich die Konzentration der Medien. Heute sind nur noch die Journalisten der Zeitung *Cumhuriyet* und der Nachrichtenagenturen Anka sowie der staatlichen Anadolu-Agentur gewerkschaftlich organisiert. Dies ist einer der Gründe, warum man keine genauen Zahlen über die Entlassenen erhält.

■ Die Auflagen sinken

Es gibt 26 überregionale Zeitungen in der Türkei. Nach den Zahlen vom Februar 2001 beträgt deren Auflage 3,7 Millionen. Verglichen mit der Bevölkerungszahl, die bei 64 Millionen liegt, ist die Auflagenhöhe der Presse relativ gering. Mit der Finanzkrise ist sie weiter gesunken.

Nachstehend sind die Auflagen der wichtigsten überregionalen Zeitungen im Jahre 2001 angegeben:

Die Gängelung des Mediensektors durch die staatlichen Organe der Türkei kennzeichnet seit langem den Stand der Meinungsfreiheit in einem Land, in dem die Zeitungslektüre keine nennenswerte Tradition hat und in dem Presseprodukte durch die jüngste Finanzkrise zusätzlich verteuert worden sind. Die traditionell ausführliche Präsentation der Nachrichten durch die Fernsehsender des Landes dient darüber hinaus nicht gerade der Förderung von Lesekultur und Meinungsvielfalt in der Türkei. Erst die sich häufenden Menschen- und Bürgerrechtsklagen gegen das Land vor dem Europäischen Gerichtshof sowie der dringende Wunsch Ankaras nach EU-Mitgliedschaft haben unlängst zu einer Grundgesetzänderung und in deren Folge auch zur Einleitung substanzieller Reformen geführt, die eine positive Perspektive auch für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit in der Türkei eröffnen.

	Februar	Oktober
<i>Hürriyet</i>	626 000	398 000
<i>Milliyet</i>	278 000	392 000
<i>Sabah</i>	424 000	262 000
<i>Türkiye</i>	346 000	179 000
<i>Zaman</i>	192 000	182 000
<i>Radikal</i>	38 000	39 000
<i>Gözcü</i>	139 000	130 000
<i>Posta</i>	408 000	390 000
<i>Takvim</i>	164 000	159 000
<i>Akşam</i>	271 000	127 000
<i>Güneş</i>	211 000	104 000
<i>Bulvar</i>	49 000	30 000
<i>Cumhuriyet</i>	45 000	39 000
<i>Akit</i>	78 000	53 000

Natürlich ist die Abnahme der Auflagen nicht nur ein Problem in der Türkei. Auch die Auflagen der Zeitungen in der EU haben sich zwischen 1993 und 1997 um 3,7 Prozent verringert. In der gleichen Zeitspanne sind die Zahlen in Amerika um 5,2 Prozent zurückgegangen (*Le Monde* 6.6.1998). Und nach dem Bericht der Bundesregierung über die Lage der Medien ist im gleichen Zeitraum die Gesamtauflage aller deutschen Zeitungen um 2,8 Prozent zurückgegangen.

In der Türkei liegen diese Zahlen aber weitaus höher. Von Februar bis August 2001 ist die Gesamtauflage der Zeitungen auf 3,3 Millionen Exemplare gesunken. 1985 lag die Gesamtauflage der überregionalen Zeitungen in der Türkei auch schon bei 3,3 Millionen. Damals hatte die Türkei 50 Millionen Einwohner. Heute liegt die Einwohnerzahl bei 64 Millionen. Die Auflagen der Zeitungen haben sich in 16 Jahren dagegen nicht verändert.

Warum werden in der Türkei nicht *mehr* Zeitungen verkauft? Sind alleine die Fernsehkanäle dafür verantwortlich? Diese Frage wird seit Jahren diskutiert, ohne dass eine eindeutige Antwort darauf zu finden wäre.

In den achtziger Jahren gab es in der Türkei nur das staatliche Fernsehen und Radio. Heute gibt es 16 überregionale private Fernsehkanäle und 36 überregionale private Radiosender. Die Nachrichten in den Fernsehkanälen dauern manchmal mehr als eine Stunde. Für viele Menschen genügen die Informationen, die sie vom Fernsehen bekommen.

■ **Warum werden in der Türkei nicht *mehr* Zeitungen verkauft? Sind alleine die Fernsehkanäle dafür verantwortlich? Diese Frage wird seit Jahren diskutiert, ohne dass eine eindeutige Antwort darauf zu finden wäre.**

Zahl der Fernsehkanäle und Radiosender in der Türkei

	Fernsehkanäle	Radiosender
Überregionale	16	36
Regionale	15	108
Lokale	230	1055

Der Alphabetisierungsgrad liegt bei 82,3 Prozent. Die Türkei nimmt damit unter den Staaten der Welt den Platz 102 ein. Bei der Auflage der Tageszeitungen pro 1000 Einwohner ist die Türkei auf Platz 57 unter den europäischen Ländern.

Die Gewohnheit zu lesen ist in der Türkei im Vergleich zu den EU-Ländern wenig ausgeprägt. Das sieht man auch an der Zahl der neu erscheinenden Bücher. Nach Untersuchungen des an der Hacettepe-Universität lehrenden Dozenten Dr. Bülent Yılmaz werden in der Türkei seit 1979 jährlich vier- bis neuntausend neue Bücher gedruckt. In der EU sind es ein Mehrfaches. Die Zahl der neuen Bücher in der Türkei schwankt sehr, weil die ökonomische Lage einen großen Einfluss auf die Zahl neuer Bücher hat, sagt Yılmaz. Nach dieser Untersuchung werden von Büchern ungefähr drei- bis fünftausend Exemplare gedruckt. In der EU ist die durchschnittliche Höhe der Auflage bei weitem größer.

Wie bei den Büchern ist auch beim Zeitungsverkauf die ökonomische Lage der Türkei wichtig. Wenn die Wirtschaftslage schlecht ist, wird auf Bücher und Zeitungen schnell verzichtet.

1970 musste ein Arbeiter sechs Minuten für eine Zeitung arbeiten, heute dagegen fast eine halbe Stunde.

■ **Wie bei den Büchern ist auch beim Zeitungsverkauf die ökonomische Lage der Türkei wichtig. Wenn die Wirtschaftslage schlecht ist, wird auf Bücher und Zeitungen schnell verzichtet.**

■ **Verkaufsförderung und neue Leser**

Zuerst sah man die Werbung als ein Mittel, um die Auflagen zu erhöhen. Zeitungen versuchten ihre Leser mit Geschenken an sich zu binden, z. B. Fernseher, Radios, Computer, Küchengeräte, Bücher, Enzyklopädien, Spiele für Kinder, Milch, Zahnpasta usw.

Nachdem diese Verkaufsförderung, mit Ausnahme von Produkten kulturellen Charakters, wie zum Beispiel Bücher, verboten wurde, hat man eine neue Methode gefunden. Jetzt werden verschiedene Produkte

vergeben und die Zeitung bekommt man als Werbung. Doch stellte sich Folgendes heraus: Während der Werbeaktion stieg die Auflage der Zeitungen, mit dem Ende der Aktion sank sie wieder. Mit der Zeit wurden Leser zu Kunden. Heute fragt deshalb der Kunde, wenn er eine Zeitung kaufen will, was es zur Verkaufsförderung gibt.

■ **Konzentration der Medien**

In der türkischen Presse herrscht ein Monopolisierungsproblem. Den größten Pressekonzern bildet die Doğan-Medien-Gruppe, danach kommt die Bilgin-Medien-Gruppe. Diese beiden größten Unternehmen kontrollieren nicht nur 60 Prozent der Gesamtauflage der türkischen Zeitungen, sondern auch die wichtigsten Blätter des Landes. Außerdem gibt es noch die Uzan-, Çukurova-, Doğuş- und Ihlas-Gruppe.

Fernsehen, Radiostationen, Zeitungen, Banken und andere Wirtschaftsbereiche sind oft unter dem Dach einer Holding zu finden. Holdings sind zu einem Modell der türkischen Medienkonzerne geworden, in denen die anderen Wirtschaftsbereiche oft wichtiger sind als die Zeitungen und sonstigen Medien.

Orhan Erinc, Vorsitzender des Türkischen Journalisten-Vereins, sagt, dass manchmal die wirtschaftlichen Interessen der übrigen Holding-Firmen in den Zeitungen den Vorrang haben. Die Konkurrenz zwischen den großen Medien-Gruppen und ihren Firmen schlägt sich auch in ihren Zeitungen nieder. Negative Berichte über die Konkurrenz-Firmen verwirren die Leser. Sie können nicht feststellen, wer Recht hat und wer nicht. Die Medien verlieren dadurch an Glaubwürdigkeit.

Das Staatssicherheitsgericht in Istanbul erließ im Februar einen Haftbefehl gegen den zweitgrößten Medienunternehmer Dinc Bilgin. Er steht jetzt wegen Ausplünderung der Etibank vor Gericht. Das Gericht hat das Urteil noch nicht gefällt. Die ehemalige staatliche Bank war von Bilgin übernommen worden.

Nach den türkischen Gesetzen ist es eigentlich nicht möglich, gleichzeitig mehrere Zeitungen und mehrere Fernsehkanäle zu besitzen. Es ist auch nicht möglich, dass Mediengruppen sich an staatlichen Ausschreibungen (Erwerb privatisierter staatlicher Unternehmen) beteiligen. Aber beides ist geschehen.

■ **Fernsehen, Radiostationen, Zeitungen, Banken und andere Wirtschaftsbereiche sind oft unter dem Dach einer Holding zu finden. Holdings sind zu einem Modell der türkischen Medienkonzerne geworden, in denen die anderen Wirtschaftsbereiche oft wichtiger sind als die Zeitungen und sonstigen Medien.**

Der Vorsitzende des Hohen Rates für Radio und Fernsehen, Nuri Kayış, beschrieb, wie die Besitzer mancher Mediengruppen verschiedene Methoden anwenden, um ihre Anteile an Fernsehkanälen zu verbergen.

Bisher wurde in den Medien immer über gesetzliche Begrenzungen der Pressefreiheit diskutiert. Heute ist die Konzentration der Medien und deren Verflechtung mit der Politik und Wirtschaft im Hinblick auf die Einschränkung der Pressefreiheit eines der meistdiskutierten Themen. Diese Diskussionen finden besonders in Internet-Zeitungen statt, die von entlassenen Journalisten gegründet wurden und in denen es keine Selbstzensur gibt.

Seit Jahren besteht ein Gentlemen's Agreement zwischen den großen Mediengruppen, sagt Umur Talu, einer der entlassenen Kolumnisten von *Milliyet*. Dieses Agreement lässt es nicht zu, dass Journalisten in eine andere Mediengruppe wechseln, denn wenn ein Journalist bei der einen Mediengruppe kündigt oder gekündigt wird, wird er in der anderen Mediengruppe nicht angestellt.

Mit der Zeit gründeten die großen Medienholdings Nachrichten-Pools. Alle Berichte und Artikel wurden in einen Topf geworfen, aus dem sich mehrere Zeitungen und Zeitschriften bedienen konnten; derselbe Bericht eines Journalisten erschien in mehreren Zeitungen gleichzeitig, ohne dass der Journalist dafür ein Extra-Honorar erhielt. Die Journalisten, die sich immer wieder für die Rechte der Menschen einsetzten, waren nicht in der Lage, ihre eigenen Rechte zu schützen. Eine der Folgen ist, dass heute Tausende ohne Arbeit sind.

Die Konzentration der Medien ist ein problematisches Thema. Schwellenwerte für die Presse gibt es in der Türkei nicht. Und die Frage, wie viel Macht durch Konzentration entstehen kann und darf, ist nicht beantwortet.

Die Informationsfreiheit ist eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren der Demokratie. Nur wenn es dem Staatsbürger möglich ist, sich frei zu unterrichten, kann er sich eine begründete Meinung bilden und ist so in der Lage, im demokratischen Sinne verantwortlich zu handeln. So zum Beispiel am Wahltag. Aber was passiert, wenn es keine Pressevielfalt gibt? Was geschieht, wenn es außer gesetzlichen Be-

■ **Die Konzentration der Medien ist ein problematisches Thema. Schwellenwerte für die Presse gibt es in der Türkei nicht. Und die Frage, wie viel Macht durch Konzentration entstehen kann und darf, ist nicht beantwortet.**

■ **Nach Meinung des verstorbenen Vorsitzenden der Gemeinschaft der Zeitungsinhaber, Nezh Demirkent, gefährdet die Konzentration der Medien und der Mediendistribution die Pressefreiheit. Neue Blätter, die nicht von den großen Mediengruppen unterstützt oder nicht verteilt werden, haben keine Chance am Markt.**

grenzungen auch eine Konzentration in den Medien gibt?

Ein noch größeres Problem ist der Vertrieb der Zeitungen. Die Zeitungen werden in der Türkei an 25 000 Verkaufspunkten, also an Kiosken verkauft, da es in diesem Lande kein Abonnementsystem gibt. Es gibt derzeit nur eine Firma, die alle Zeitungen in der Türkei verteilt. Es handelt sich also um ein Monopol.

Nach Meinung des verstorbenen Vorsitzenden der Gemeinschaft der Zeitungsinhaber, Nezh Demirkent, gefährdet die Konzentration der Medien und der Mediendistribution die Pressefreiheit. Neue Blätter, die nicht von den großen Mediengruppen unterstützt oder nicht verteilt werden, haben keine Chance am Markt.

■ **Staatliche Ausschreibungen**

Über die Entlassung Tausender von Journalisten berichteten die großen Medien nur wenig. Das RTÜK-Gesetz (Medien-Gesetz) war für sie viel wichtiger. In den vergangenen Monaten wurde in der Presse tagelang dieses Gesetz diskutiert. Obwohl das vorherige RTÜK-Gesetz wegen der dadurch ermöglichten Sendeverbote gegen TV-Sender stark kritisiert wurde, hat das neue Gesetz von den Journalistenverbänden keine Unterstützung bekommen. Unterstützt wurde das neue RTÜK-Gesetz nur von den großen Medienkonzernen. Sie behaupteten, dass durch das neue Gesetz die konkreten Besitzverhältnisse in den Medien zum Vorschein kommen würden. Die jetzige Situation erlaube es den Inhabern der Medien, anonym zu bleiben, was auch stimmt.

Die Journalistenverbände waren gegen das neue Gesetz, weil darin die Strafen für Zeitungen bei Gesetzesverstößen drastisch erhöht wurden. Dies widersprach dem Nationalen Programm der Regierung für den EU-Beitritt. Das Wesentliche aber war: Die Mediengruppen bekamen durch das neue RTÜK-Gesetz das Recht, sich an den staatlichen Ausschreibungen zu beteiligen, was bisher verboten war. Sie erhielten auch das Recht, an die Börse zu gehen. Diese zwei Punkte waren für die großen Mediengruppen wichtig.

Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer hat gegen dieses Gesetz sein Veto eingelegt und es an das Parlament zurückverwiesen. Über die Begründung des Vetos

des Staatspräsidenten ist in den großen Medien nur teilweise berichtet worden. Denn Staatspräsident Sezer warnte darin auch vor den Folgen der Pressekonzentration:

- Die Pressefreiheit müsse nicht nur vor dem Staat, sondern auch vor privater Macht geschützt werden. Darum sei es auch die Pflicht des Staates, die Konzentration der Medien zu bekämpfen und die Medien-Vielfalt zu schützen.
- Das Recht, sich an staatlichen Ausschreibungen zu beteiligen und an der Börse zu agieren, könne bei staatlichen Ausschreibungen dazu führen, dass die Medien-Konzerne ihre Macht missbrauchten und einen Verdrängungswettbewerb praktizierten.

Die Diskussion über das RTÜK-Gesetz ist vorläufig zu Ende. Die Möglichkeit, dass das Parlament es doch noch verabschiedet, ist gering, obwohl das Presserecht dringend reformbedürftig ist.

■ Lokale Zeitungen

In der Türkei gibt es auch zahlreiche regionale und vor allem lokale Zeitungen. Man schätzt, dass es insgesamt 1700 Zeitungen gibt, davon 800 Tageszeitungen. Die Liste des Presse- und Anzeigenamtes, das verantwortlich für staatliche Anzeigen ist, enthaelt 736 Zeitungen. 270 von ihnen erscheinen wöchentlich.

Die lokalen Zeitungen sind ökonomisch nicht stark. Sie können deshalb mit überregionalen Blättern keine Konkurrenz aufnehmen. Die Auflagen der grösseren Regionalzeitungen sind nicht höher als etwa zwanzigtausend. Die Auflagen der Lokalzeitungen liegen wesentlich niedriger, 25 Prozent der lokalen Zeitungen haben eine Auflage von weniger als 500 Exemplaren. Die grösseren Lokalzeitungen verkaufen zwei- bis dreitausend Exemplare.

Die Journalisten der lokalen Medien verdienen sehr schlecht (300,- bis 500,- DM/Monat). Die technische Ausstattung dieser Medien ist hoffnungslos veraltet. Die großen Medienkonzerne haben ihren Zeitungen Regionalbeilagen hinzugefügt, wodurch sie die lokalen Zeitungen zusätzlich unter Druck setzten. Während der letzten Wirtschaftskrise wurden die Regionalbeilagen der großen Zeitungen allerdings eingestellt, um Geld zu sparen. Dies könnte für

■ Die lokalen Zeitungen sind ökonomisch nicht stark. Sie können deshalb mit überregionalen Blättern keine Konkurrenz aufnehmen. Die Auflagen der grösseren Regionalzeitungen sind nicht höher als etwa zwanzigtausend. Die Auflagen der Lokalzeitungen liegen wesentlich niedriger, 25 Prozent der lokalen Zeitungen haben eine Auflage von weniger als 500 Exemplaren.

lokale und regionale Zeitungen eine Chance sein, aber weil sie selbst finanzielle Schwierigkeiten haben, können sie die Chance nicht nutzen.

■ Presse und Internet

Als neues Medium ist das Internet auch in der Türkei sehr wichtig. Die Zahl der Internetnutzer in der Türkei wird zur Zeit auf ca. vier Millionen geschätzt.

Internetnutzer in der Türkei, in Deutschland und auf der Welt.

	Türkei	Deutschland	Welt
1997	35 000	4 100 000	101 000 000
1998	200 000	6 600 000	150 000 000
1999	400 000	11 200 000	201 000 000
2000	1 500 000	18 300 000	407 000 000
2001	4 000 000	22 200 000	420 000 000
	(Internet Komitee Türkei)	(ZDF Forschung)	(Nua)

Alle überregionalen Zeitungen sind im Internet vertreten. Die meisten Berichte erscheinen in Volltextversionen auch in der Internet-Edition. Man kann also die großen türkischen Zeitungen, außer *Cumhuriyet*, im Internet kostenlos lesen, und sie stellen auch ihr Archiv kostenlos zur Verfügung.

Alle überregionalen Zeitungen sind im Internet vertreten. Die meisten Berichte erscheinen in Volltextversionen auch in der Internet-Edition. Man kann also die großen türkischen Zeitungen, außer *Cumhuriyet*, im Internet kostenlos lesen, und sie stellen auch ihr Archiv kostenlos zur Verfügung.

Durch große Nachrichten-Portale wie NTVMS-NBC und Superonline können Interessierte die neuesten Nachrichten lesen. Diese Portale arbeiten wie Nachrichtenagenturen. Es gibt auch reine Internet-Zeitungen ohne Printausgabe. Regelmäßig erscheinen ungefähr 30 kleinere Internetzeitungen. Besonders nach der großen Entlassungswelle in den Medien wurde das Internet zur Alternative. Journalisten nutzten die Möglichkeit und fingen an, in Internet-Zeitungen zu schreiben. Man erfuhr durch das Internet, was in den Zeitungen geschah und einige Internet-Zeitungen betreiben eine systematische Zeitungskritik, die sehr informativ ist.

Auch für Lokaljournalisten wurde das Internet zu einem wichtigen Medium. Diejenigen, die für große Zeitungen arbeiten, schicken ihre Berichte und Fotos übers Internet. Es gibt allerdings wenige Lokalzeitungen, die eine Internet-Edition anbieten. Manche Journalisten versuchen auch, durch das Internet eine Kooperation unter Lokaljournalisten und Lokalblättern zuwege zu bringen. Für den Informationsaus-

tausch bietet das Internet naturgemäß große Möglichkeiten.

Das größte Problem im Internet ist die Finanzierung. Gewinn bringt das Internet nicht. Journalisten die für Internet-Zeitungen schreiben, tun das meistens ohne Honorar. Das Werbepotential ist zur Zeit noch gering. Große Zeitungen und große „Nachrichten-Portale“ dagegen erzielen einige Werbeeinnahmen, die aber nicht zur Deckung der Kosten ausreichen.

■ Pressefreiheit

Die Journalistenverbände feiern seit 1971 nicht mehr den Tag, an dem die Zensur aufgehoben wurde (24. Juli 1908). Nach einer Untersuchung des Presserates gibt es in der Türkei 152 Gesetzesartikel, die die Pressefreiheit einschränken. Diese Untersuchung wurde 1989 veröffentlicht! In der Zwischenzeit sind neue die Medien gängelnde Gesetze vom Parlament verabschiedet worden. Heute schätzt man die Zahl der Gesetzesartikel, die die Pressefreiheit beschränken, auf 200.

Es gibt in der Türkei ein Gesetz, das es einem Staatsbeamten verbietet, der Presse ohne Erlaubnis seines Vorgesetzten Informationen zu geben. Dagegen gibt es aber kein Gesetz, das das Informationsrecht des Bürgers garantiert. „Wir brauchen ein Gesetz, das genau beschreibt, was ein Staatsgeheimnis ist“, sagt Fikret Ilkiz, Presserechts-Anwalt und Mitglied des Türkischen Journalistenverbandes. Dann wäre es möglich festzustellen, auf welche Informationen, die nicht als Staatsgeheimnis gelten, der Bürger ein Recht auf Zugang hat.

Es gab am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bisher 2500 Anklagen gegen die Türkei, in erster Linie wegen Einschränkung der Meinungsfreiheit. Bisher wurde die Türkei insgesamt zu zwei Millionen Dollar Strafe verurteilt.

Vom Committee to Protect Journalists in New York wurde die Türkei seit 1994 als „der Staat, in dem am meisten Journalisten verhaftet sind“, bezeichnet. Heute hat sich die Lage geändert. Seit 1999 sind die türkischen Journalisten-Vereine mit dem Committee nicht einer Meinung. Der Vorsitzende des Türkischen Presserates, Oktay Ekşi, meint, dass das Committee mit falschen Zahlen übertreibt: „Die Lage der Türkei ist nicht gut. Aber man sollte die Lage nicht noch

■ Es gibt in der Türkei ein Gesetz, das es einem Staatsbeamten verbietet, der Presse ohne Erlaubnis seines Vorgesetzten Informationen zu geben. Dagegen gibt es aber kein Gesetz, das das Informationsrecht des Bürgers garantiert. „Wir brauchen ein Gesetz, das genau beschreibt, was ein Staatsgeheimnis ist“, sagt Fikret Ilkiz, Presserechts-Anwalt und Mitglied des Türkischen Journalistenverbandes. Dann wäre es möglich festzustellen, auf welche Informationen, die nicht als Staatsgeheimnis gelten, der Bürger ein Recht auf Zugang hat.

schlimmer zeigen, als sie ist“, sagt Ekşi. Nach den Zahlen des Presserates ist heute nur ein Journalist in Haft, der während seiner journalistischen Arbeit festgenommen und verurteilt wurde. Die übrigen sind nicht im Zusammenhang mit ihrer journalistischen Arbeit oder wegen ihres Berufes verurteilt worden, sondern wegen anderer Delikte.

Nach einem Gesetz von 1997 wurden 14 verantwortliche Herausgeber von Zeitungen, die im Gefängnis saßen, freigelassen. 1999 wurde es durch ein zweites Gesetz möglich, dass 22 weitere Journalisten freigelassen wurden, indem ihre Haftstrafen durch Parlamentsbeschluss in Bewährungsstrafen umgewandelt wurden.

■ Grundgesetz geändert

Eine wichtige Forderung der EU an die Türkei war die Änderung des Grundgesetzes zur Stärkung der demokratischen Freiheitsrechte. Im November 2001 wurde das Grundgesetz durch Parlamentsbeschluss geändert.

Das Grundgesetz von 1982, das nach dem Militärputsch verabschiedet wurde, wird in der Türkei seit Jahren stark kritisiert. Presserechts-Anwalt Ilkiz meint, dass die Mentalität des Grundgesetzes falsch sei. Statt den Bürger und seine Rechte zu verteidigen, wurde in der Verfassung der Staat gegen den Bürger geschützt. So kam es dazu, dass der Staat in der Verfassung an erster Stelle steht, erst danach folgten die Menschenrechte.

Nach Ilkiz ist die verabschiedete Änderung des Grundgesetzes ein politisch sehr wichtiger Schritt, gerade auch für die Presse- und Meinungsfreiheit. Bisher sprach man in der Türkei immer von einer „begrenzten“ Presse und Meinungsfreiheit. Jetzt ist die Meinungsfreiheit garantiert und kann nur noch eingeschränkt werden, wenn zu aktivem Handeln gegen die Verfassung aufgerufen wird. Selbst die Benutzung der kurdischen Sprache in den elektronischen Medien ist künftig möglich.

Trotzdem müssen noch folgende Gesetzesänderungen zum Schutz der Meinungsfreiheit beschlossen werden:

- Der Artikel 312 im Strafgesetz wird neu formuliert (zum Beispiel Missbrauch der Religion für politische Zwecke).

■ **Presserechts-Anwalt Ilkiz meint, dass die Mentalität des Grundgesetzes falsch sei. Statt den Bürger und seine Rechte zu verteidigen, wurde in der Verfassung der Staat gegen den Bürger geschützt. So kam es dazu, dass der Staat in der Verfassung an erster Stelle steht, erst danach folgten die Menschenrechte.**

- Die Artikel 7 und 8 des Gesetzes zum Kampf gegen den Terror werden präzisiert.
- Das Radio- und Fernsehgesetz (RTÜK) und das Pressegesetz werden geändert.

Als Folge der Grundgesetzänderungen wird jetzt erwartet, dass auch das Presse-Gesetz wieder diskutiert wird. Außerdem sind weitere 30 Gesetze an der Reihe, die noch geändert werden müssen.

Unbestreitbar ist, dass ohne die EU-Perspektive, die die Türkei zu Reformen zwingt, damit sie die EU-Aufnahmebedingungen erfüllt, gerade auch die Reformen zum Schutz der Meinungsfreiheit nicht so schnell und leicht durchzusetzen gewesen wären. Trotzdem gibt es noch viel zu tun in der Türkei im Hinblick auf den Schutz der Medienvielfalt, der Konzentrationskontrolle und des Schutzes der Unabhängigkeit der Journalisten.